

Die Arbeiterzeitschrift.

Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schliesse an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Besch.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 292. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Der Bezugspreis für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn, Berlin SO., Engelstraße 15 II.

Nr. 7.

Berlin, den 15. Februar 1901.

28. Jahrg.

Bekanntmachung.

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Breslau, Gräfenroda** (W. Heene, Eckert u. Menz, A. Geißner), **Rheinsberg, Rudelsdorf** (Vollstädt, Schwarz), **Criptsin, Uckermark** i. Westf. (Firma Gräffel u. Co.), **Vegepode.**

Die Sperre über Firma Rosenthal, **Selb**, (für Isolatoren dreher), ist aufgehoben.
Der Vorstand.

Unser täglich Brot gib uns heute, so lautet eine Bitte im „Vater Unser“, das uns schon im zarten Alter in der Schule eingepaukt wurde.

Mit der Bitte ums tägliche Brot allein aber ist es nicht getan, die Kinderjahre, in denen man ohne zu arbeiten, sein Brot von den Eltern erhält, gehen rasch vorüber und nicht einmal allen Kindern ist es beschieden, bis zum Austritt aus der Schule Brot zu essen, was sie sich nicht erarbeitet haben. Wie mancher Junge und manches Mädchen muß schon im Kindesalter tapfer die schwachen Hände rühren, um das liebe Stückchen Brot zum Lebensunterhalt zu verdienen.

Das Brot (und allenfalls noch die Kartoffel) ist für den Arbeiter das Produkt, was für seinen und seiner Familie Lebensunterhalt am meisten ins Gewicht fällt und der Satz „man arbeitet ja nur ums liebe Brot“ ist durchaus richtig. Zu Fleisch, Gemüse und all den zur Nahrung des Menschen geeigneten Produkten, die die „besseren Gesellschaftskreise“ sich leisten können, laugt oft der Larme Verdienst des Arbeiters nicht, er ist froh, wenn er für sich und seine oft starke Familie nur Brot hat. Wie schneidet sich solch ein Laib Brot so rasch auf, wenn beispielsweise hungrigen 5, 6 und mehr Kindern der Mund gestopft werden soll und wie oft müssen sich Erwachsene und Kinder schließlich kringelig zu Bett legen; sie haben noch nicht einmal das Stückchen liebe Brot zum Füllen ihres Magens gehabt.

So also die Arbeiterschaft unter allen Umständen auf das Brot als Nahrungsmittel angewiesen, so folgert daraus, daß sie das leb-

hafteste Interesse daran hat, den Preis des Brotes so gestaltet zu sehen, daß er den oft sehr niederen Arbeitslöhnen entspricht.

Jetzt schon ist dies durchaus nicht der Fall, die Getreidepreise sind in Deutschland unter einem Vertragszoll von 850 Mk. per Doppelzentner die höchsten in Europa, das notwendigste Lebensmittel der breiten Masse des Volkes, das Brot, ist dadurch bereits verteuert. Denn Deutschland produziert nicht so viel Getreide, um den Bedarf decken zu können, es muß deshalb ausländisches Getreide eingeführt werden. Den Einfuhrzoll muß natürlich das betreffende Volk zahlen, durch die Einführung ausländischen Getreides verteuert sich auch das Getreide des Inlandes und das ist der springende Punkt. Die Herren Agrarier plädieren für einen höheren Getreidezoll, sie wollen dadurch den Preis ihres Getreides erhöhen resp. sich auf Kosten des brotessenden Volkes ihre Taschen füllen.

Wir stehen also wieder einmal, wie schon öfter es der Fall war, vor einer ganz fühlbaren Vertehrung des notwendigsten Lebensmittels, wenn es den Herren Agrariern, den Junkern, gelingt, mit ihren Anträgen bei der Regierung Glück zu haben. Und diese Regierung hat bereits durch den Wunsch des Reichskanzlers Graf Bülow sich äußert: „Im Namen der Königl. Staatsregierung habe ich in Bezug auf den hier (im Abgeordnetenhaus) vorliegenden Antrag des Herrn Grafen Limburg folgende Erklärung abzugeben: In voller Anerkennung der schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Landwirtschaft befindet und von dem Wunsche befeuert, die Lage der Landwirtschaft wirksam zu verbessern, ist die Regierung entschlossen, auf die Gewährung eines ausreichenden und deshalb entsprechend zu erhöhenden Zollschutzes auf die landwirtschaftlichen Produkte hinzuwirken. Die Staatsregierung ist ferner bestrebt, die Vorlage des neuen Zolltarifs in jeder Weise zu beschleunigen.“

Das ist eine deutliche Sprache zu Gunsten der armen nothleidenden Agrarier und sie steht sehr wesentlich ab von der Aeußerung der Vorgänger des jetzigen Reichskanzlers. Als im Jahre 1894 ebenfalls das Thema der Brot-

verteuerung auf der Tagesordnung stand, sagte der Reichskanzler Caprivi: „Von wem müssen nach diesem Antrage (Rath) die 400 Millionen aufgebracht werden? Von den Bürgern, also gerade von den ärmsten Klassen. Wenn eine Steuer die armen Leute drückt, so ist es die Brotsteuer. Und die ärmsten Klassen würden sich dieser Steuer am allerwenigsten entziehen können.“

Und im Jahre 1895 äußerte bei Berathung der Handelsverträge der Reichskanzler Jahnke: „Betriebe bis 12 Hektar haben kein Getreide zu verkaufen, sondern werden meistens noch Getreide kaufen müssen — die 6 Gruppen (bis 12 Hektar) umfassen 40 Millionen Betriebe gleich 76 pCt. aller landwirtschaftlichen Betriebe. Rechnet man auf den Betrieb 3/4 Personen, so handelt es sich hier um eine Bevölkerung von etwa 15 Millionen Menschen (bei einer gesammten landwirtschaftlichen Bevölkerung von 19 Millionen) die vor der Erhöhung der Getreidepreise keinen Nachtheil, ja, mit relativ wenigen Ausnahmen, sogar einen direkten Nachtheil durch die Vertehrung ihrer Lebenshaltung haben werden.“

Der Kaiser Wilhelm II. endlich äußerte sich zur Vertehrung der Handelsverträge 1895: „Kein Stand kann beanspruchen, auf Kosten der Anderen bevorzugt zu werden. Sie können mir nicht zumuthen, daß ich Brotwucher treibe.“

Was nun dazumal gesprochen worden ist, gilt allerdings nicht immer auch heute und die Herren Junker haben ja in der letzten Zeit wiederholt gezeigt, daß sie es sind, die die Geschicke des Landes dirigieren, die Politik nach innen und außen in ihrem Interesse beeinflussen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde die obige Erklärung des Reichskanzlers Bülow mit sehr lebhaftem Beifall von den Junkern aufgenommen und geschlossen stimmten die Konservativen, Zentrum und ein Theil der Nationalliberalen für eine Resolution der Agrarier, die die Zollhöhung fordert, die Brotverteuerung damit eben als. Nur 48 Stimmen gegen die 239 Brotverteuerer!

Im Reichstag war es wohl einige mehr wie 48 Stimmen geben, aber die Mehrheit ist

durch das Zentrum, dieser Partei, die sich ja auch eine Volkspartei nennt, gesichert. Man könnte nach all diesem nur ohne Weiteres sich der schönen Zuerstficht hingeben: das Geschäftchen ist fertig, der höhere Getreidezoll, der Hungerzoll der kommt, das Volk muß blechen, muß seinen Hungerriemen einmal wieder fester zusammenschnallen.

Jedoch noch ist nicht aller Tage Abend, und wenn das Volk in seiner Gesamtheit, wenn die Bevölkerung, die Brot zu ihrem Lebensunterhalt braucht, seine Stimme erhebt und gegen diese Vertheuerungspolitik energisch Stellung nimmt, dann ist Hoffnung vorhanden, daß die Pläne der „nothleidenden Agrarier“ dennoch zu Schanden werden.

Unsere Organisation soll ja, wie durch ein Urtheil eines altenburgischen Gerichts ersichtlich geworden, von der Polizeibehörde in Charlottenburg als eine politische bezeichnet worden sein. Wir betrachten uns trotzdem nur als eine rein gewerkschaftliche Vereinigung, die vollständig unabhängig von der politischen Partei (und hier läme ja doch wohl nur die „sozialdemokratische“ in Betracht) ihren Zweck: „Erstrebung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ zu erreichen sucht. Wir hätten uns also als gewerkschaftliche Vereinigung, streng genommen, eigentlich nicht um Politik, in diesem Falle Handelspolitik, zu kümmern resp. damit zu beschäftigen.

Gehe es denn nun aber etwas unverständlicheres, wenn wir als „Gewerkschaftler“ gegenüber diesen Versuchen, die nothwendigsten Lebensmittel zu vertheuern, damit sich eine kleine Sonderklasse die Taschen füllen kann, die Hände in den Schooß legen würden?

Ist diese Handelspolitik, durch welche das Brot vertheuert werden soll, nicht eine Angelegenheit, die im engsten Zusammenhange mit unseren Zwecken und Zielen, eine günstigere Lebenshaltung zu erringen, steht? Es ist das eine Angelegenheit, die gerade die Gewerkschaften ganz besonders interessiert und eine solche Gewerkschaftspolitik muß von uns betrieben werden, und deswegen, Porzellanarbeiter, beugen wir die Spalten unseres Organs, um Euch anzufeuern in der Abwehr des geplanten Anschlages jener Herren, auch mitzuhaben, Euren Posten auszufüllen. Der Abgeordnete Barth hat im preussischen Abgeordnetenhaus lebhaft gegen diesen neuesten geplanten Raubzug Stellung genommen und äußerte u. A.: „Ubrigens, selbst wenn der Antrag hier angenommen wird, selbst, wenn sich im Reichstag eine Mehrheit für erhöhte Zölle findet, ist es noch nicht sicher, daß diese erhöhten Zölle auch Gesetz werden. In dieser Frage hat die Bevölkerung selbst noch ein Wort zu sprechen.“

Und die Bevölkerung muß dazu ein kräftiges Wort sprechen, geht es doch um die Vertheuerung des aller-nothwendigsten Nahrungsmittels, des Brotes, im Zusammenhang damit sollen auch alle übrigen Landesprodukte durch Zölle vertheuert werden. Dem Brotwucher, überhaupt den Extraausbeunungen des wirkthätigen Volkes durch jene Junkergesellschaft, die allezeit nur sich ein Söckchen auf Kosten des Volkes zu schaffen wußte, muß doch endlich auch einmal ein Ende zu machen sein.

Leitens der politischen Partei, die die Interessen des arbeitenden Volkes am wirksamsten vertritt, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, ist bereits der Kampf gegen jene Vertheuerungspolitik eröffnet worden. In Berlin werden am 13. d. Mts., in ganz Deutschland werden Massenversammlungen abgehalten werden, in denen in energischer Weise Stellung gegen die geplanten Hungerzölle genommen wird. Der Brod- und Lebensmittelwucher hat, so lange es nothleidende

Menschen giebt, alle Zeit als eine der schlechtesten, und so lange es ein Christenthum giebt, als eine der unchristlichsten Handlungen gegolten. Und für diesen Lebensmittelwucher treten dieselben Leute ein, die dem Volke beständig empfehlen zu beten: „Unser täglich Brot gib uns heute.“

Porzellanarbeiter! Ihr, die Ihr in der Mehrzahl überhaupt so schlecht in Euren Verdienst- und Arbeitsverhältnissen gestellt seid, daß Ihr eine Vertheuerung des nothwendigsten Lebensmittels bitter fühlen würdet, laßt Euch angelegen sein, durch Eure Theilnahme an den Versammlungen, durch Wirken in Wort und Schrift, bei jeder nur passenden Gelegenheit Euren Empfinden gegen jede Vertheuerungs- und Hungerzölle Ausdruck zu geben. Jeder Einzelne ohne Ausnahme betheilige sich an den Versammlungen und an allen Veranstaltungen, die den Zweck haben, eine Vertheuerung der Lebensmittel zu verhindern.

Ihr Frauen der Porzellanarbeiter! Euch wird es jetzt schon schwer, das Brot in genügender Weise für Eure Familie von den geringen Arbeitslöhnen Eurer Männer herbeizuschaffen. Gleichwie die Junker früher als Wegelagerer, als Schnapphähne im Hinterhalt lagen, um durch Straßenraub ihre Taschen füllen zu können, so wollen die Nachfolger dieser Gesellschaft durch „moderne“ Zölle dem schaffenden Volke das Leben noch elender als es schon ist, machen. Wenn Eure Männer gleichgültig sind, sprudelt sie an ihre Interessen wahrzunehmen, treibt sie hinein in den nothwendigen Kampf gegen einen Plan, wodurch Ihr das Jahr, je nach dem Familienstand, bis zu 200 M. geschädigt werdet.

Porzellanarbeiterinnen! Die Ihr in Fabriken arbeiten müßt, um Euer Stüchlein Brot schwer zu verdienen, auch Ihr nehmt lebhafteren Antheil an dieser Bewegung gegen die Hungerzölle, als wie Ihr leider bisher Antheil an dem Zweck der Berufsorganisation genommen habt!

Protestpetitionen werden zur Unterschrift vorbereitet werden, um den Reichstag zu zeigen, daß das Volk nicht mit den Plänen jener Brodwucher einverstanden ist. Keiner schließe sich aus, Millionen von Unterschriften von Männern und Frauen müssen zusammengebracht werden, nur durch einmüthiges Protestiren gegen die geplanten Hungerzölle kann dem Agrarierthum ein Strich durch ihre Rechnung gemacht werden.

Porzellanarbeiter! Thut Eure Pflicht als Staatsbürger, gleichviel welchen politischen Glaubensbekenntnisses, thut Eure Pflicht als Klassenbewußte, gewerkschaftlich organisirte Berufsgenossen, schaaft Euch alle zusammen und parirt den Stoß der Junkergesellschaft unter der Parole: **Nieder mit dem Brod- und Lebensmittelwucher!**

In Frankfurt a. M. fand am 10. d. M. eine Protestversammlung statt. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute versammelten, dem Handel, der Industrie, wie andren Erwerbsständen angehörenden Bewohner der Stadt Frankfurt a. M. und deren weiterer Umgebung erheben Protest gegen die von agrarischer und hochschuldnischer Seite ausgehenden Bestrebungen, welche die gesunde Grundlage unseres günstigen handelspolitischen Verhältnisses zu den wichtigsten Staaten durch die Forderung der Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und der Mithöhe zu in das thätigen Wohlthun zu erfüllen beabsichtigen.“

Die Versammlung erklärt, daß sie der Handelspolitik des letzten Jahres, welche

Deutschlands wirtschaftliches Gedeihen in einer bisher unerreichten Weise gefördert hat, unbedingt festgehalten werden muß; die Interessen weiter Volksschichten, welche durch eine verkehrte Handelspolitik und die Erhöhung der Lebensmittelzölle sehr betroffen würden, dürfen nicht den Wünschen eines Theils der Landwirtschaft und einiger Industriezweige zum Opfer gebracht werden.

Die Versammlung richtet an den Bundesrath und den deutschen Reichstag die dringende Bitte, bei der Erneuerung der Handelsverträge und allen vorbereitenden Schritten an der bisher bewährten Handelspolitik festzuhalten und unter keinen Umständen einer Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel zuzustimmen.“

In Mainz wurde ebenfalls am gleichen Tage eine Protestversammlung abgehalten, in welcher folgende Resolution angenommen wurde:

„Die Versammlung protestirt aufs schärfste gegen die vom Großagrarierthum geplante Brodvertheuerung, in der sie eine große Gefahr für die gesammte Entwicklung unseres Volkes sieht.“

Rechnschaftsbericht der Generalkommission

vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900.

Bisher ist seitens der Generalkommission, abgesehen von kurzen Berichten, welche dem Gewerkschaftsausschuß regelmäßig erstattet wurden, nur für den Gewerkschaftskongreß ein Bericht gegeben worden. Nunmehr hat die Kommission unter Zustimmung des Gewerkschaftsausschusses beschlossen, alljährlich einen kurzen Bericht und die Abrechnung an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Der diesmalige Bericht erstreckt sich auf die Zeit von 1³/₄ Jahren. Es wird, wie auch in späteren Berichten, nur in kurzen Zügen eine Uebersicht über die wichtigsten Vorkommnisse, an welchen die Generalkommission theilgenommen hat, sowie die hauptsächlichsten Beschlüsse und getroffenen Maßnahmen schildern.

Von dem letzten Gewerkschaftskongreß ist zwar beschlossen, daß von der Generalkommission ein Jahresbericht herausgegeben werden soll, welcher als Handbuch für alle wichtigen Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann.“ Die Herausgabe eines solchen Berichtes soll aber nur erfolgen, wenn der Generalkommission Mittel und Kräfte zur Verfügung stehen. Sie muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch hinausgeschoben werden und müssen wir uns vorläufig damit begnügen, in einem kurzen Jahresbericht die wichtigsten Mittheilungen über die Thätigkeit der Generalkommission zu machen.

Allgemeines

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß konnte berichtet werden, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 277 659 im Jahre 1891 auf 481 955 im Jahre 1898 gestiegen ist. Auch während der seit dem letzten Gewerkschaftskongreß verstrichenen Zeit ist eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Nach der von der Generalkommission für 1899 aufgenommenen Statistik hatten die gewerkschaftlichen Centralverbände 580 473 Mitgl. (darunter 19 290 weibliche). Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 89 100 Mitgliedern. Soweit sich zur Zeit eine Uebersicht gewinnen läßt, ist zu konstatiren, daß auch im Jahre 1900 die Zunahme an Mitgliedern andauernd hat, obgleich in einzelnen Gewerkschaften eine Verminderung der Mitgliederzahl zu verzeichnen war, welche, wie die Erfahrung

lehrt, mit einem Rückgang in der Zahl der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter verbunden zu sein pflegt. Unter der voranschreitend ungünstigen Wirtschaftskondition wird es sich erweisen, ob die Gewerkschaften innere Festigkeit genug erlangt haben, um die Mitglieder bei der Organisation zu erhalten. Sicherlich werden sie den Rückgang, wie er sich in den Jahren 1891—1893 zeigte, nicht wieder zu erleiden haben. Jedoch wird es notwendig sein, durch eifrige Agitation vorzubringen, daß ein allzugroßer Verlust an Mitgliedern eintritt.

Diese Agitation gestaltet sich bei dem Zusammenhalt, welcher unter den gewerkschaftlichen Zentralverbänden besteht, wesentlich leichter als vor einem Jahrzehnt. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir die bedeutenden Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung zum nicht geringen Theil auf dieses gemeinsame Wirken und Handinhandarbeiten der Gewerkschaften zurückführen.

Am 16. November 1900 waren 10 Jahre verfloßen, seitdem die Gewerkschaften sich durch Einsetzung der Generalkommission eine gemeinsame Zentralstelle geschaffen haben. Anfangs waren nur wenige Organisationen der Kommission angeschlossen, respektive leisteten für diese regelmäßige Beiträge. Von Jahr zu Jahr nahm diese Beitragleistung zu. Es ergibt sich aus dieser Steigerung der Beiträge aber nicht nur die Thatsache, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich in größerer Zahl der Generalkommission angeschlossen haben, sondern es wird dadurch auch bewiesen, daß die Beitragsleistung in den Gewerkschaften selbst eine regelmäßiger geworden ist. Die an die Generalkommission zu leistenden Quartalsbeiträge (von 1892—1896 5 Pf., von da ab 3 Pf. pro Quartal und Mitglied) werden nicht nach der Zahl der Listenmitglieder, sondern nach der Summe der tatsächlich in den einzelnen Verbänden geleisteten Beiträge berechnet. Die Mehrleistung an Quartalsbeiträgen ist also der Nachweis für eine Stärkung der Finanzkraft der einzelnen Gewerkschaften.

Wie bedeutend sich die Beitragsleistung gesteigert hat, zeigen die folgenden Zahlen. Von 1890—1892 hatte die Generalkommission pro Halbjahr eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 2160 Mk.; von 1892—1896 pro Halbjahr 11 586 Mk.; von 1896—1899 pro Halbjahr 19 278 Mk.; im ersten Halbjahr 1900 25 277 Mk.; im zweiten Halbjahr 1900 35 767 Mk. Durch diese Mehrleistung ist nicht nur die Generalkommission in die Lage versetzt, mehr im Interesse der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zu thun, sondern es ergibt sich auch aus derselben, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände in tätiger Gemeinschaft alle gemeinsamen Angelegenheiten zu erledigen bestrebt sind. Heute sind alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbände der Generalkommission angeschlossen und zahlen regelmäßig ihre Beiträge.

Dieser Einnahmestärke ist es auch zu danken, daß die Agitation gegen das Zuchtengesetz so erfolgreich betrieben werden konnte, wie geschehen. Die Vorbereitungen für die Agitation gegen das Gesetz waren getroffen, als dieses am 6. Juni 1899 dem Reichstage vorgelegt wurde.

Es waren 60 Agitationsbezirke vorgelesen, zu welchen 3252 Orte mit über 2000 Einwohnern gehörten. In 973 dieser Orte waren Verbindungsadressen für die Flugblattverbreitung vorhanden. In den Vororten, in welchen die Einrichtungen für Drucklegung der herauszugehenden Flugblätter vorhanden waren, wurden die Flugblätter auf von Hamburg versandten Blättern gedruckt. Es wurden auf diese Weise in 28 Vororten 2 755 000 Flugblätter

hergestellt. Von Hamburg aus wurden nach 28 Vororten und 15 einzelnen Orten 688 700 Flugblätter versandt, so daß insgesamt ca. 3 500 000 Flugblätter zur Verbreitung gelangten.

In allen Orten, in welchen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren, fanden Festversammlungen statt. Infolge dieser Bewegung bereitete der Reichstag, wenn auch erst am 20. November 1899, dem Zuchtengesetz ein klägliches Ende. Kurz vorher war den Reichstagsabgeordneten noch seitens der Generalkommission eine Denkschrift über die Streiks und Streikvergehen übermittelt worden.

Gewiß, die Agitation erforderte eine bedeutende Ausgabe. Es wurden seitens der Generalkommission 23 279 Mark angewandt. Rechnen wir dazu die 5996 Mk., für die gleichfalls dieser Agitation dienende Schrift: „Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis“, sowie die Ausgaben für lokale Agitation, so ergibt sich, daß der Protest gegen die Zuchtengesetzvorlage den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern mindestens 30 000 Mk. gekostet hat. Die Arbeiter sind opferfreudiger als die Unternehmer, in deren Interesse das Gesetz geschaffen werden sollte. Nur unwillig gab der „Zentralverband deutscher Industrieller“ dem Grafen v. Posadowsky 12 000 Mk. zur Agitation für das Gesetz. Aber diese Opferfreudigkeit hat nicht nur dazu beigetragen, den von der Regierung geführten Schlag gegen die Arbeiterorganisationen abzuwehren, sondern es ist die Organisation selbst dadurch gestärkt, wie die Mitgliederzunahme und Erhöhung der Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1899 zeigt. Die Arbeiter werden daraus erkennen, daß gemeinsames und geschlossenes Handeln auch gegenüber dem mächtigsten Gegner Erfolg bringt.

Rassenbericht.

Den Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Generalkommission geben wir nicht in einer Zusammenstellung für die Zeit vom 1. April 1899 bis 31. Dezember 1900, sondern in drei getrennten Abrechnungen. Es geschieht dies deshalb, weil diese Abrechnungen besonders revidirt und dem Gewerkschaftsausschuß zur Prüfung vorgelegt sind. (Siehe Seite 86.)

Die einzelnen Ausgabenposten sind so spezialisiert, daß eine nähere Erläuterung derselben entbehrlich erscheint.

Agitation.

Die Agitationskommissionen in Ost- und Westpreußen, sowie in Oberschlesien, haben in der bisherigen Weise ihre Thätigkeit fortgesetzt und sind finanziell, wie sich aus der Abrechnung ergibt, wie auch sonst in jeder Beziehung seitens der Generalkommission unterstützt worden. Der Erfolg kann unter den fortwährenden Schwierigkeiten, welche der Agitation entgegenstehen kein bedeutender sein. Jedenfalls steht er nicht im Verhältnis zu den angewandten Mitteln und Kräften. Trotzdem darf nicht etwa weniger als bisher, sondern es muß noch mehr geleistet werden. Dies wird dadurch geschehen, daß für die polnisch sprechenden Arbeiter ein Gewerkschaftsorgan in polnischer Sprache vom 1. April 1901 ab in Posen herausgegeben werden soll. Die Herausgabe ist von dem Gewerkschaftsausschuß beschlossen, nachdem seitens der Vorstände der Verbände festgestellt war, daß ein Bedürfnis für das Blatt bei 11 Verbänden vorhanden ist. Von den direkt beteiligten Verbänden, ein Drittel seitens der Generalkommission getragen werden. Bedauerlicherweise wird seitens der Leitung der polnischen sozialdemokratischen Partei die gewerkschaftliche Agitation nicht so unterstützt, als dies geschehen müßte. Die Agitation wird einzig und allein von dem Gesichtspunkte aus betrieben, die Lage der Arbeiter zu ver-

bessern und auf eine endgültige Befreiung des Proletariats hinzuwirken. Die seitens der Generalkommission in Posen und Posen für die Gewerkschaften angestellten Beamten erfreuen sich trotzdem der Feindschaft der mit der Agitation betrauten Leiter der sozialistisch-polnischen Bewegung, welche mit Unterstützung der deutschen sozialdemokratischen Partei das sozialdemokratische Blatt „Gazeta Robotnicza“ herausgeben. Ein Vorgang in Posen machte es notwendig, eine Besprechung mit dem polnischen Parteivorstande, sowie mit der Parteileitung herbeizuführen. Die Thatsachen, welche hierbei festgestellt wurden, sprachen sehr zu Ungunsten der polnischen Parteileitung. Es wurde in Aussicht genommen, die „Gazeta Robotnicza“ nach Posen zu verlegen und die Redaktion neu zu besetzen. Wäre dies geschehen, so wäre auch die Herausgabe des polnischen Gewerkschaftsblattes erleichtert worden. Leider wollten die Leiter der polnischen Bewegung sich darauf nicht einlassen und sie sind auf dem besten Wege, her von den Gewerkschaften und der deutschen Parteileitung in den Bezirken mit polnisch sprechender Bevölkerung betriebenen Agitation entgegenzutreten. In einem von der polnischen Parteileitung herausgegebenen Flugblatt heißt es u. A. wörtlich:

Die Agitation der einzelnen Personen, welche ausgesandt sind in die polnischen Provinzen und erhalten werden durch die deutsche Partei, hat augenscheinlich das Ziel, diese Organisationsbewegung zu Gunsten der deutschen Partei in sich aufzunehmen; sie streben, durch ihre Arbeit die Fühlung des polnischen Proletariats mit den übrigen polnischen Ländern zu zerschneiden. Anders gesagt, haben die deutschen Genossen nichts gegen das „Selbstbestimmungsrecht“ im Verhältnis zu anderen Ländern, aber zu den Polen in Preußen sind sie doch anderer Meinung. Wir haben hier zu thun mit einer anderen Art „Palatinus“ in sozialistischer Ausgabe. Wenn auch offiziell internationale Sozialisten, werden sie doch zur Verwirklichung des politischen sozialistischen Parteiprogramms, das heißt zur Unabhängigkeit Polens, eine Hand nicht anlegen, das bedeutet, daß die deutschen Genossen auf diesem Punkte mit uns nicht solidarisch sind.“

(Schluß folgt.)

Antlicher Theil.

Das Bureau des Verbandes befindet sich im Gewerkschaftshaus, Berlin SO., Engelhofer 15 II.

An den Verbandskassierer H. Gerden, Berlin SO., Engelhofer 15, 2. Etage, Zimmer 14, sind alle Geldsendungen zu adressiren. Und zwar wird ersucht, Zahlungen nicht in Briefmarken, sondern nur durch Postanweisung zu senden, damit der Kassierer für die Kassenverwaltung in dem Postabschnitt einen Einnahme-Beleg hat. An dieselbe Adresse sind alle Zuschriften zu richten, welche die Kassenverwaltung betreffen: Quartalsabschlüsse und die darauf bezügliche Korrespondenz, An- und Abmeldungen, sowie Ueberlieferungen von Mitgliedern nach anderen Jobstellen, Forderungen in der Beitragshöhe, sowohl im Verhältnisfond, als in Bezug auf Arbeitslosen-Unterstützung, Remittenzgesuche, kurz, alles das, was mit der Kassenverwaltung im Zusammenhang

*) Der Wort „Palatinus“, gebildet aus dem Anfangsbuchstaben der Gründer der „Gewerkschaftsvereine“ (Danzmann, Remmann, Lichmann), bedeutet nicht nur, als das Verbotem gewaltigen die Polen zu germanisieren, ohne Berücksichtigung ihrer Rechte auf ihre Muttersprache und ihre Kulturentwicklungen.

steht. Da das Verbandsorgan allwöchentlich in der, dem jeweiligen durch den Verbandskassierer festgestellten Mitgliederbestand entsprechenden Anzahl an die Zahlstellen und Mitglieder versandt wird, so ist besonders darauf zu achten, das Veränderungen des Mitgliederbestandes durch Abreise oder Abmeldung, Streichung zc. stets sofort an die Adresse des Verbandskassierers mitzuteilen sind.

An dieselbe Adresse sind Wünsche nach Verwaltungsmaterialien zu richten, ebenso Bestellungen auf verloren gegangene Quittungsbücher, wobei zu beachten ist, daß ein Duplikat 25 Pf. kostet.

An den Verbandskassierer **Johann Schneider**, Berlin SO., Engelseher 15 II, sind alle Zuschriften zu richten, die Bezug auf Differenzfälle, Arbeitslosen-Unterstützung, Fahr- u. Umzugskosten, Rechtschutz haben.

An den Vorsitzenden **Georg Wollmann**, Berlin SO., Engelseher 15 II, sind alle Zuschriften zu richten, die Bezug auf die Organisation und Agitation haben und Beschwerden jeglicher Art über die Geschäftsführung der Bureaubeamten bzw. über geführte Korrespondenz oder den statistischen Bestimmungen etwa nicht entsprechende Anordnungen.

An den Redakteur **Nikolaus Jahr**, Berlin SO., Engelseher 15 II, sind endlich alle jene Zuschriften zu adressieren, die entweder Aufnahme in der „Waise“ finden sollen oder von denen der Redakteur nach seinem Gutdünken Gebrauch machen kann. Dabei ist zu bemerken, daß stets eine Unterschrift beizufügen ist, deren Inhaber auch die event. Verantwortung für das Mitgetheilte übernehmen kann.

Es müssen alle Manuskripte oder Berichte bis spätestens Dienstag Morgen in den Händen des Redakteurs N. Jahr sein.

Stets ist darauf zu achten, daß einzelne Mitglieder bei Zuschriften immer ihre Mitgliedsnummer angeben, wenn anders diese Zuschriften nicht ignoriert werden sollen. Bei Geldsendungen und Einschreibesendungen ist stets der Name des betreffenden Empfängers beizufügen, da andernfalls die Post die Sendung nicht ausliefert, sondern zurückgehen läßt.

Die **Einzelmitglieder**, also jene, die an Orten beschäftigt sind, wo keine Zahlstelle besteht, haben sich immer sofort im eigenen Interesse unter Einsendung ihres Quittungsbüches und der genauen Wohnungsadresse an den Kassierer der Zahlstelle Berlin II: **Karl Munk**, Maler, Berlin S6, Reichenbergerstr. 151, v. II anzumelden.

Das **Verbandsbureau** ist für Unterstützung erhebende oder sonstige fremde Kollegen am besten zu erreichen, wenn man mit der Stadtbahn bis Station Jannowitzbrücke fährt, von dort über die Brücke durch die Brückenstraße und in Verlängerung derselben durch die Neanderstraße bis zur Annenstraße geht, links in die Annenstraße einbiegt und über den Kaiser Franz Grenadierplatz, an der Michaeliskirche vorbei zum Gewerkschaftshaus **Engelseher 15**, 2 Treppen, Zimmer Nr. 13 und 14 sich bemüht.

41. Vorstandssitzung vom 20. 1. 1901.

An der Sitzung nimmt Theil: der Redakteur; von den Revisoren **Boleseder**.
Von der Generalkommission ist die Einladung zu einer Sitzung des Gewerkschaftsausschusses am 21. 1. einlangend; zwingende Gründe, welche eine Beteiligung notwendig erscheinen lassen, werden nicht als vorliegend erachtet und demzufolge eine Delegation abgelehnt. Ein Bericht von **Ruhoff** wird zur Kenntnis genommen. — Von **Gräfenroda** wird berichtet, daß sämtliche Firmen vorläufig eine Vereinbarung getroffen haben, in ihrer Betriebe Verbandsmitglieder nicht mehr zu beschäftigen; von der Firma **S. Koneisch** liegt ein

Schreiben vor, daß dieselbe von dieser Vereinbarung zurückgetreten ist und Verbandsmitglieder nach wie vor beschäftigen. Es geschehe dies, nachdem die Firma die Ueberzeugung gewonnen, daß die von anderer Seite erzielte Unterstützung, unter deren Eindruck der Beitritt zu dieser Vereinigung erfolgte, jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. — Von **Liesensurt** wird berichtet, daß die schwebenden Differenzen nach stattgefundener Verhandlung als erledigt zu betrachten sind. — Die Zahlstellen **Walzenburg**, **Altwasser**, **Sorau**, **Sophia** zu beantragen nochmals, die Sperre über die dortigen Fabriken zu verhängen; der Vorstand lehnt dies ab unter Aufrechterhaltung des in dieser Angelegenheit gefassten Beschlusses in letzter Sitzung. — Eine Zuschrift von **Neulettingen** wird zur Kenntnis genommen und weiterer Bericht abgewartet; dem Mitgliede 22 126 wird Unterstützung nach § 1, Abs. 5 des U. R. gewährt. — Ein Bericht von **Stadtilm**, wonach Lohn Differenzen bei den Belegerinnen auszubringen drohen, wird vorläufig zur Kenntniss genommen, bis in Aussicht gestellte weitere Mittheilungen in dieser Angelegenheit eingegangen sind. — Von **Wilde** wird mitgeteilt, daß die dortigen Differenzen erledigt sind; es wird dies zur Kenntniss genommen, in der Erwartung, daß über die Art der Erledigung noch ein genauer Bericht folgt. — Zuschriften von **Hermisdorf**, **Selb**, **Seringswalde** werden zur Kenntniss genommen; bezüglich des Mitgliedes 23 703 in letzterer Zahlstelle soll Rückfrage erfolgen. — Von **Liesensurt** wird beantragt, unter genauer Darlegung des Sachverhalts, den ablehnenden Beschluß in Unterstützungslage des Mitgliedes 6935 aufzuheben; beschlossen wird, dem Antrage stattzugeben und Unterstützung für 4 Wochen zu bewilligen. — Unterstützung für 19 034 Berlin II wird abgelehnt. — Dem Mitgliede 23 225 **Wittal** wird abgelehnt für weitere 2 Wochen Unterstützung bewilligt; dem Mitgliede 22 170 wird der beantragte Rechtschutz für die Berufungsinstanz bewilligt. — Der Redakteur giebt zur Kenntniss, daß in dem gegen denselben eingeleiteten Strafverfahren wegen Beleidigung, Termin am 5. Februar vorm Landgericht I stattfindet. — In Unterstützungslagen 24 420 **Ruhla** und 6961 **Stadtilm** wird Vertagung und Recherche beschlossen. — Fahr- und Umzugskosten für 7304 **Annaburg** werden bewilligt. — Bezüglich einer Zuschrift des **Gen. Hoffmann** **Saalfeld** wird Vertagung und Rückfrage beschlossen; dem als Redakteur in Saalfeld tätigen Mitgliede **Ziesch** wird Rechtschutz entsprechend § 5, Abs. 2 des U. R. gewährt. — Der Verbandskassierer beantragt wegen zu großer Arbeitshäufung an Stelle des erkrankten Hilfsbeamten **Gen. Huber** eine Aushilfe einzustellen; beschlossen wird, das arbeitslose Mitglied **Tobias** für 4 Wochen, später event. nach Bedarf unter den bisher üblichen Bedingungen einzustellen. — Dem Vorort des 9. Agitationsbezirks werden auf Antrag **30 Karl** für Agitationskosten aus der Verbandskasse bewilligt. — Agitations-Vertrauensmann **Mehling** **Neuhaldensleben** beschwert sich über den Verbandsvorsitzenden, daß derselbe sich nicht genügend der Agitation widmet und beantragt, dem Vorsitzenden des Agitation die Mängel zu ertheilen, dem Vorsitzenden des Agitation zu theilen, daß hierzu nicht die geringste Verantwortung vorliegt. Ein weiterer Antrag **Mehlings**, den Vorort des 2. Agitationsbezirks von **Wittenberg** nach **Neuhaldensleben** zu verlegen, wird abgelehnt, indem auch hierzu keine Veranlassung vorhanden ist. — Das Mitgliede 4494 **Wibelin Schulze** **Neuhaldensleben** wird auf Grund des § 5, Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen, nachdem dasselbe sich gegen die Aufforderung des Vorstands entsprechend, die Beleidigung gegen den Redakteur **Jahr** zurückzunehmen. Die Abstimmung hierüber ist auf Antrag eine namentliche. Dafür: v. d. **Aue**, **Crack**, **Herben**, **Korn**, **Baule**, **Brecht**, **Schneider**, **Schubert**, **Schulte**, **Wielzel**, **Wollmann**. Die Herabwürdigung und Diskreditierung der durch die Generalversammlung gewählten Vorstandsmitglieder ist nach Auffassung des Gesamtverbandes nichts anderes als eine schwere Schädigung der Verbandsinteressen. — Nach Mittheilung von **Delptig** ist von den dortigen Einzelmitgliedern Niemand geneigt, als Vertrauensmann zu fungieren und wird demzufolge beschlossen, diese Mitglieder der Zahlstelle Berlin II zu überweisen.

G. Wollmann,
Vorstand.

J. Schneider,
Verbandskassierer.

Aus unserm Berufe.

Zur Aussperrung in Gräfenroda. Die Firma **W. Heene** Porzellanfabrik hat durch ihre Gewaltthaten, durch die Aussperrung der bei ihr beschäftigten organisierten Arbeiter, einen Kampf heraufbeschworen, der die gesamte Arbeiterchaft dortiger Gegend in eine lebhaft bewegte Lage setzt. So mancher von denen, die bisher theilnahmelos der Arbeiterbewegung gegenüber verhalten haben, wird durch die sich nothwendig machenden Versammlungen, durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit, durch

die Presse zc. aufmerksam, er wird aufgerüttelt, und — Herr **Heene**, mit der Erwägung der rothen Verbandsgesellschaft wird es nicht werden, im Gegentheil, wie immer z. B. die Sozialdemokratie, durch die Fehler ihrer Gegner mehr und mehr anwächst, so wird auch in diesem Falle der betrübte Vohgerber nicht der Verband mit den „festangelegten“ Geldern sein, sondern der Vater des neuesten Attentates auf das Koalitionsrecht, auch wenn er wirklich momentan noch glaubt, auf Verbandsmitglieder pfeifen zu können. Schon sein Gesuch nach Ersatzkräften in der „keramischen Rundschau“ (Verbandsmitglieder finden keine Aufnahme), giebt zu denken. „Reisegeld wird vergütet“, dieser Satz hängt dem Gesuch an. Daß ein thüringer Fabrikant, wie **Heene**, diese Lockspeise aussetzt, will viel heißen; er drückt damit aus, daß es ihm unmöglich ist, aus der dortigen Gegend Ersatzkräfte zu erhalten. Denn dort liegt Ort an Ort, wo Porzellanarbeiter haufen und einer großen Reise bedarf es da nicht. Aber die zugesicherten Reisegelder werden auch wenig ziehen; wer, wenn er nicht gerade am Wege liegt und alle Brücken durch irgendwelche Dummheiten hinter sich abgebrochen hat, wird denn nun gerade nach der Fabrik von **Heene** in **Gräfenroda** in Thüringen sich verschreiben und die zweifelhafte Ehre genießen wollen, von Herrn **Heene** etwa als ein „Gottentotte“ betrachtet zu werden?

Verschwiegen soll jedoch nicht werden, daß er bereits 3 Helfer in der Noth erhalten hat. Einer davon ist sogar ein Verbandsmitglied, **Former Otto Müller** aus **Liebenstein**, der mit ausgesperrt war, vermuthlich aber sich die 10prozentige Zulage, die Herr **Heene** bis zum 1. April zahlen will, nicht entgehen lassen mag; dann haben auch 2 **Former**, **Göltzer** und **Pein** von **Gräfenroda** dort angefangen. Der erstere soll die Treppe verunreinigt und unsaubere Arbeit geliefert haben und wurde 1. Zt. von Herrn **Heene** entlassen, der andere hatte ein „spitziges Messer“ gebraucht, ein gerichtliches Nachspiel war die Folge und auch er wurde entlassen. „Solche Kerle stelle ich nicht wieder ein“, soll Herr **Heene** geäußert haben, na ja, jetzt mögen diese „gut Freund“ bedeuten! Von **Suhl** kam außerdem ein **Maler**, **Andreas Starck** zugerufen, schnornte die Kommission der Aussperrten um eine Unterstützung an, wollte beiseite keinen Streikbrecher machen, jetzt arbeitet er aber als Getreuer des Herrn **Heene**. Die gezahlte Unterstützung wurde ihm abgefordert, er zahlte sie zurück, hoffentlich zahlt Hr. **Heene** diesem Herrn nun eine Extra-Gratifikation für seine — Ehrlichkeit.

Vor der Affaire arbeiteten in der Fabrik **Wilh. Heene** 75 männliche Arbeiter (**Maler**, **Former**, **Paeder** zc.), 26 **Lehrlinge** und 61 **Arbeiterinnen**.

Aussperrt sind worden, weil sie auf das Koalitionsrecht nicht durch Abgabe ihrer Unterschrift verzichteten, 47 männliche Arbeiter, 3 **Lehrlinge** und 19 **Mädchen**. — Es arbeiten noch 27 Arbeiter, 23 **Lehrlinge** (weil kontraktlich verpflichtet) und 42 **Mädchen**.

Wie viele von denen, die arbeiten, etwa Verbandsmitglieder sind oder waren, und ob etwa noch welche von ihnen gekündigt und zu den obigen 69 Aussperrten nach Ablauf der Kündigung zuzurechnen sind, geht aus dem Berichte der Verwaltung nicht hervor (und bitten wir, dies nachzuholen).

Die ausgesperrten Verbandsmitglieder werden, sobald die Antragsformulare hier und sonst all. Vorbedingungen seitens der Verwaltung erfüllt sind, selbstverständlich unterstützt und zwar erhalten dieselben die statutarische Streik-

In G o t h a (Redakteur J. Zoss), sowie in D h r d r u f (Th. Schwabe) sind außerdem Sammelstellen für freiwillige Beiträge errichtet worden und ist demnach auch für die event. sich dem Kampfe anschließenden Unorganisierten gesorgt.

Was nun noch alles mitgeteilt wird bezüglich eines großen Hundes, den sich der Hr. Heene zugelegt habe zum persönlichen Schutz, daß weiter ein Thonwarenfabrikant mit dem Revolver bewaffnet ausgeht, daß die Arbeitenden auf ihrem Nachhauseweg eine entsprechende Bedeckung (ebenfalls Gendarmen mit Ober- und Unterwaffe) haben, je nun, das sind alles Begleiterscheinungen solcher Differenzen, die besonderes allgemeines Interesse nicht weiter erwecken.

Dagegen aber ist werth, Notiz davon zu nehmen, daß von den Herren Fabrikanten in Gräfenroda, die sich dem Vorgehen des Herrn Heene durch die in Nr. 5 abgedruckte Erklärung angeschlossen hatten, nunmehr drei die Erklärung zurückgezogen haben und Verbandsmitglieder nach wie vor beschäftigen. Bezüglich der Zurücknahme der Unterschrift der Firma Louis Kometz haben wir bereits Mittheilung gemacht, nunmehr sind ihr die Firmen August Schmidt und Chr. C. Heyer damit gefolgt, so daß nur noch die Firmen Eckart u. Menz und A. F. Heißner Thonwarenfabrik, beide in Gräfenroda, als die Trabanten des Herrn Heene übrig bleiben. Wie viele Verbandsmitglieder bei diesen beiden Firmen über die Klinge springen mußten, haben wir noch nicht erfahren.

Die ausgesperrten Genossen in Gräfenroda ersuchen wir recht ruhig und anständig sich zu verhalten, weder den Unternehmern, den arbeitenden Arbeitswilligen noch den Polizeiorganen irgend welchen Anlaß zum „Einschreiten“ zu geben. Auch bei den geringfügigsten Umständen, besonders im Bierlokal, kann es manchmal zu Austritten kommen, die unangenehme Folgen (wir erinnern an die schon monatelang in Haft befindlichen Genossen in Rudolstadt) nach sich ziehen, ob man das wollte oder nicht, ist dann gleichgültig. Mitgefassen, mitgehangen! Deswegen geht man am Besten vorher allen aus dem Wege, besonders lasse man sich am Bierisch nicht allzuviel auf Diskussionen mit fraglichen Elementen ein.

Kurz vor Redaktionsluß geht noch Mittheilung über die Abhaltung einer Versammlung am Sonntag, den 10. Februar ein. In derselben, die von ca. 250 Personen besucht war und in der Gen. Schauder-Dhrdruf den Versammelten die Nothwendigkeit des treuen Festhaltens an der Organisation in be- redten Worten vor Augen führte, war die Stimmung eine solche, daß man daraus entnehmen konnte, die Gräfenroda'er wissen, was sie wollen. — Weiter wird mitgeteilt, daß in der Thonwarenfabrik von A. Heißner 7 Arbeiter wegen Verbandszugehörigkeit entlassen wurden (es arbeiten noch 2 Arbeiter und zwei Lehrlinge), ebenso hat die Firma Eckart u. Menz 9 Arbeiter entlassen (und arbeiten dort noch 5). Die Vertikung der Polizeimacht ist zurück gezogen worden, jedenfalls hatte sie keine A. bett. — Neben den oben schon mitgetheilten Arbeitswilligen bei Heene ist noch ein Former Fritz Meyer aus Gräfenroda angeführt. Hoffentlich kommen nun nicht mehr dazu.

Die Kommission der Aussperrten tagt von Vormittags 9—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr in der oberen Stube des „Gasthof“. Unterstützungen werden dort Sonntagabend Nachmittags von 2 Uhr ab ausgezahlt.

Freiwillige Unterstützungsbeiträge sind bei

der Kommission eingegangen und wird quittiert: Gewerkschaftslokal Dhrdruf 20. — Arbeiter der Schuhwarenfabrik Gullmann und Ged in Dhrdruf 13,80. Zahlstelle Wera bei Elgersburg 50. — M., Amberg 0,60 Mark. Summa 93,90 Mk.

Die Redaktion ist seitens des Vorstandes beauftragt worden, ausdrücklich darauf zu verweisen, daß freiwillige Unterstützungsbeiträge der Zahlstellen und Mitglieder nicht nach den Orten, wo unsere Mitglieder in Differenzen stehen (Gräfenroda, Rudolstadt) zu senden sind, sondern nur an den Verbandsvorstand, zu Händen des Verbandskassiers **Wilhelm Herden**, Berlin SO., Engelufer 15 II. Wenn die ausständigen oder ausgesperrten Mitglieder aus Verbandsmitteln Unterstützung nebst Streikzuschuß erhalten, so muß dem Vorstand unter allen Umständen auch die Kontrolle über die Vertheilung freiwilliger Unterstützungen an Unorganisierte oder sonst sich notwendig machende Zuschüsse, worunter u. A. auch eventuell Miethsentzähligung gehört, in Händen haben. Wir bitten darauf genauestens zu achten.

Im Anschluß hieran ersuchen wir die Zahlstellen und Mitglieder, dem Verbandskassier so viel als möglich freiwillige Unterstützungen einzusenden. Es sind eine ganze Anzahl Zahlstellen vorhanden, die in dem 15 Prozentsfond noch höhere Beträge haben und die noch nichts eingekandt haben. Mit Rücksicht auf die Unterstützungen der nicht zum Verband gehörigen streikenden Arbeiterinnen in Rudolstadt, wozu nun noch in Gräfenroda sich nöthig machende Unterstützungen kommen, sind größere Summen notwendig, und der freiwillige Streikfond des Vorstandes ist sehr zusammengeschrumpft. **Porzellanarbeiter, seid solidarisch!**

— Von **Rudolstadt** (Streik bei Schäfer und Vater) ist etwas besonderes nicht mitzutheilen. Zwei J. hastirte sind am Freitag auf freien Fuß gesetzt worden.

— Von **Schedewitz** bei Zwickau geht uns die angenehme Mittheilung zu, daß den in dortiger Porzellanfabrik beschäftigten Dreher und Malern eine Lohnaufbesserung von 5 pCt. zu Theil geworden ist und zwar werden dieselben 5 pCt. auf den verdienten Wochenlohn berechnet. Berodent der Betreffende z. B. 25 Mk., so erhält er dann 26 25 Mk. Am 9. Februar ist diese Aufbesserung bei der Lohnauszahlung zum ersten Male in die Erscheinung getreten.

Auf **Wörsch** der Dreher hin wurden außerdem noch verschiedene Alkodyresse bei einzelnen niedrig bezahlten Artk. in aufgefertigt. Auch bei den Kapfelbrechern sollen einige Aufbesserungen stattgefunden haben. Weiter erhalten die Arbeiter seit dem 4. Februar freies Licht.

Bei der Fülle jener Mittheilungen aus den Zahlstellen, die entweder Lohnreduzierungen, Vorhanden in äußerst miltlicher Arbeitsverhältnisse überhaupt, Entlassungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation etc. in sich bergen, kommt uns diese Mittheilung von Schedewitz so ähnlich vor, wie einem durstigen Wästenwanderer das pöhlliche Wästauchen einer Dase vorkommen mag.

Wir wollen hoffen, daß die Direktion der Schedewitzer Porzellanfabrik recht viele Nachahmer findet.

Die Organisationsverhältnisse sind in Schedewitz gute, indem sämtliche Dreher organisiert sind (einer im Magdeburger Verband); von den Malern sind es nur zwei, die, weil sie

nicht bei der Organisation, gegen dieselbe sind; die Kapfelbrecher sind ebenfalls alle Mitglieder. Auch dies kann zur Nachahmung den Berufsgenossen allerorts empfohlen werden.

— **Spitzige Messer und anarchische Reden.** Unter diesem „grauenregenden“ Stichwort berichtet der „Vorwärts“ in der letzten Sonntagsummer über eine von der Gemeindeverwaltung Burggrub (Oberpfalz) erlassene Konzertverbot. Die Zahlstelle unseres Verbandes **Krummenaach** wollte sich in einem Konzert vergnügen und hat die Burggruber Gemeindeverwaltung die lokalpolitische Erlaubnis bis Abends 10 Uhr zu dem Konzert gegeben unter der Bedingung, daß erstens das Tragen von spitzigen Messern oder sonstigen verbotenen Instrumenten und zweitens sozialistische oder anarchische Reden oder Toaste strengstens untersagt sind.

Uns ist vorher und auch nachher nichts von unserer dortigen Verwaltung über das Konzert mitgeteilt worden, hoffentlich ist alles in Gemüthlichkeit abgegangen, es wird jedenfalls noch nicht einmal der stumpfe Wackelgänger anders als beim Trinken in Aktion getreten sein, ganz zu schweigen von Toasten auf solche sozialistische oder gar — Hu! anarchische „Aufwiegler“.

In **Krummenaach** haben die Arbeiter der dortigen Porzellanfabrik allerdings mit Verhältnissen zu rechnen, die sehr „anarchistisch“ zu nennen sind, mit spitzigen Messern und anarchischen Reden oder Toasten würden dieselben aber nicht geädert werden.

Deister schon waren wir gewirgen, über dortige Zustände zu schreiben, glaubten aber anlässlich der Beendigung des dort stattgefundenen Streikes der Maler (Ende Oktober 1900), uns der Hoffnung hingeben zu können, daß unter der Rubrik „Aus unserem Berufe“ nur gutes von Krummenaach für die Zukunft zu berichten sein könne. (Nr. 44 1900.) Bereits in Nr. 50 aber mußten wir mittheilen, daß die Firma (Mann) den Kollegen, die f. St. gestreikt hatten, dies fählen lasse, in Nr. 52 waren wir in der Lage, einen Brief des Herrn Mann an einen Former veröffentlicht zu können, woraus hervorging, daß er indirekt „Berliner Verbandsmitglieder“ benotet, „indem mein Dreher und Gleispersonal sämtlich beim Magdeburger Verband ist“.

Der neueste Bericht besagt nun, daß der Herr Mann sich geäußert hat, die Maler, die den Streik mitgemacht hätten, müßten aus seiner Fabrik hinaus und aus den Mittheilungen geht hervor, daß er durch seine (uns schon von Ritterreich her bekannte) Behandlung hauptsächlich alle Berliner Verbandsmitglieder „hinausbesorgen“ will. Es wird neben Schilderungen der äußerst mangelhaften Fabrikbetriebsrichtungen und der eigenthümlichen Ausnützung der Arbeitskräfte, besonders des weiblichen Theiles, durch Herrn Mann und seiner „Antreiber“ betont, daß die „Magdeburger“ stets bevorzugt werden. Das war früher schon so, war doch der Herr Mann, als er noch die Drehscheibe mit höchst eigenen Beinen als Dreher in Schwung setzte, auch Mitglied des „Magdeburger“ und er mag darin die Milch der himmlischen Verlangart eben in überreichlicher Weise in sich aufgenommen haben, was natürlich nicht ausschließt, daß er als jetziger Fabrikant sich das Nachahmschöpfen aus zu Ruhe macht. — Zu danken giebt diese Bevorzugung des „Magdeburger“ wohl genug, jedoch hat es keinen Zweck, gerade anlässlich der Krummenaacher Verhältnisse, großes Gewicht auf dieselbe zu legen.

Bund hat es daher auch nicht, eingehend Gebrauch von den Schilderungen über Eigen-

Unannehmlichkeiten des horigen Instituts zu machen. — Der Herr Mannl braucht sehr oft neue Arbeitskräfte und sucht solche; trotz öfteren Hinweises auf diese „Goldgrube“ Krummenaach hat er anscheinend auch immer genug von denen gefunden, die — nicht alle werden.

Beim Streik der Maler (im Oktober 1900) hat Mannl ausdrücklich erklärt, daß er nichts gegen die Zugehörigkeit zum „Berliner Verband“ hat, jetzt versucht er auf alle Art, die Mitglieder von demselben abwendig zu machen. „Ein anständiger Arbeiter braucht keinen Verband“, meint er. Darin liegt ja für uns und alle Genossen eine Verleumdung, doch wer Herrn Mannl kennen zu lernen die Ehre hatte, wird darauf nichts geben. —

In der Hauptsache will anscheinend diese Krummenaacher Fabrik nur weibliche Arbeitskräfte zur Fabrikation verwenden, wenn man dann hört, daß diese unentgeltlich die Werkräume reinigen, den Drechern die Formen zutragen, das Geschir zum Verglätzen schleppen müssen und es wird ihnen dann noch extra 5 pCt. für den zu verarbeitenden Schlicker von den Krummenaach'schen Verdiensten in Abzug gebracht, ja, möge man daran den Maßstab legen, welches „Dorado“ dort ist. —

Wären alle (und natürlich auch die weiblichen) Arbeiter organisiert, könnte alles anders sein. „Spitzige Messer und sonstige verbotene Instrumente“ brauchte dann die löbliche Gemeindeverwaltung zu Burggrub nicht erst verbieten.

Unsere Mitglieder wollen vorsichtig bei Eingehen von Engagements nach hirt sein, das ist das Einzige, was wir vorläufig raten können.

„So lange ich Leuk habe, sind Sie bei mir in Stellung“, also äußerte sich früher einmal der Herr Rudolf Leuk, Inhaber der Porzellanfabrik Dressel, Rister und Co. in Passau. Bereits im Nr. 29 vom Jahre 1899 konnten wir die obige Redensart nur als eine — Phrase bezeichnen, denn eine ganze Anzahl dort beschäftigter Arbeiter wurden entlassen weil — sie unzufriedene „Berliner Verbandsmitglieder“ waren. Daran natürlich auch blutrothe Sojas, und da Herr Leuk Landwehrsoldat ist, was Wunder, daß Verhandlungen wegen Rücknahme der Entlassungen gar keinen Erfolg hatten. Ein bis auf den Tod erkrankter Arbeiter mußte ebenfalls noch in die weite Welt sich Arbeit suchen gehen, zum Glück möchte man sagen, stark er recht bald. In Nr. 2 b. J. erst haben wir, weil der Hr. Leuk Arbeiter in den lekamischen Blättern suchte, auf dessen jenseitige „Praktiken“ aufmerksam gemacht, und auch heute müssen wir uns wieder mit Herrn Leuk beschäftigen, trotzdem wir gar keine Mitglieder mehr dort haben; die früher beschäftigt gewesenem Kollegen und vielleicht auch jene, die bedauerten, kürzlich wegen der Sperre dort nicht in Arbeit treten zu können, werden es uns zu danken wissen. Die ultimontane, in Passau erscheinende „Donau-Zeitung“ berichtet über die **Schließung der Leuk'schen Porzellanfabrik** wie folgt:

Passau, 5. Februar.

„In der Porzellanfabrik des Hrn. Igl. Hoflieferanten Rudolf Leuk zu Rosenau, Gemeinde Weidwies, ist es zu einem höchst bedauerlichen Ereignis gekommen: sämtliche Arbeiter einschließlich der Mädchen, das ist also das ganze Personal mit Ausnahme einiger Arbeiter, welche im Wochenlohn stehen und infolgedessen nicht sofort entlassen werden konnten, sind gestern plötzlich ausgehollt und somit arbeitslos geworden. Wir erfahren über den Sachverhalt

Folgendes: Herr Leuk ließ gestern Abends 5 Uhr im großen Formersaal das ganze Personal zusammenrufen und eröffnete demselben, daß er sich gezwungen sehe, seinen Fabrikbetrieb einzustellen. In fast zweistündiger Ansprache legte Herr Leuk sodann die Gründe dar, welche ihn zu diesem Entschluß veranlaßt haben. Es wurden dabei eine Reihe Unannehmlichkeiten aufgeführt, welche Herr Leuk von Seiten der Fabrikinspektion erfahren haben will, hauptsächlich aber die Vorkommnisse wegen der Fabrikantenne. Die Gemeindeverwaltung Weidwies hat nämlich Schwierigkeiten gemacht wegen dieser Kantine und es ist nach vielen Schreierelen und wiederholten behördlichen Aufträgen so weit gekommen, daß die Kantine des Herrn Leuk geschlossen werden mußte. Konkurrenz und sonstige persönliche Gehässigkeit sollen einen nicht zu unterschätzenden Antheil daran haben, daß es zur Schließung der Kantine kam, und dies war die ausschlaggebende Ursache für Herrn Leuk zur Sperrung seiner Fabrik. Er erklärte, nachdem er auf diese Weise behandelt werde, könne und wolle er nicht mehr solche Opfer bringen, wie z. B. im vorigen Jahre während der Kohlennoth, wo er im Interesse der Arbeiter den Fabrikbetrieb fast unvermindert aufrecht erhalten habe. Herr Leuk machte bei all' seinen Ausführungen den Eindruck der Verbitterung und Entmuthigung und hielt mit den Namen derjenigen Personen nicht zurück, denen er die Schuld giebt, daß seine Kantine geschlossen worden ist. Wir stehen heute von der Veröffentlichung dieser Namen ab, geben aber allen Betheiligten, auch den zuständigen Behörden zu bedenken, ob sie wegen der Kantine Konzession die schwere Verantwortung auf sich nehmen wollen, daß jetzt, noch mitten im Winter, eine zahlreiche Arbeiterfamilie auf die Straße gesetzt und viele dem Hunger und Elend preisgegeben werden. Wir stellen uns in dieser Kantinefrage, welche sich als ausschlaggebend zu der Arbeiteraussperrung darstellt, heute schon auf Seite des Herrn Leuk, obwohl wir die pöbliche Arbeiterentlassung durchaus mißbilligen. Allein die Arbeiterschaft selbst bestätigt uns, daß für die Kantine ein Bedürfnis thatsächlich besteht, und das leuchtet ja auch Jedem ein, der die örtlichen Verhältnisse kennt, guten Willen und Gerechtigkeitsgefühl hat. Die das aber in dieser Angelegenheit nicht hatten und damit das folgenschwere Ereignis heraufbeschworen, mögen an den Thränen der Arbeiterfrauen und Kinder ihre wohlverdiente Genugthuung finden, an den Thränen, die heute, am ersten Tage nach der Arbeiteraussperrung, schon fließen, wie wir uns persönlich zu überzeugen Gelegenheit hatten.“

Die ca. 2 stündige Rede des Herrn Leuk hätten wir auch gerne mit angehört, ganz besonders um zu erfahren, welche Unannehmlichkeiten die Fabrikinspektion dem Herrn Leuk bereitet hat. In Süddeutschland liegen die Fabrikinspektoren ja bekanntlich viel reger ihren Funktionen ob als wie in Norddeutschland, aber daß nun gerade der Fabrikinspektor für Passau die Sache so weit getrieben hat, um damit Hrn. Leuk „unangenehm“ werden zu müssen, möchten wir doch bezweifeln. Daß recht viele Mißstände in der schon alten Fabrik vorhanden waren, das wird ja sicher feststehen und wenn da der Fabrikinspektor mal keine angeleuchtet hat, wäre es nur zu loben. Wenn alle Fabrikinspektoren dies thäten und wenn deswegen davon unsere Porzellanfabrikanten gleich an die Schließung der Fabrik hätten, wenn sie es im Interesse der Arbeiter liebten, dann gäbe es Verbesserungen vornehmen sollen, na, ja, gäbe es ja nicht zu wenig arbeitslose Porzellaner. **Hauptsächlich die Vorkommnisse**

Schließung der Kantine soll der Grund der Fabrik-Schließung und der „Verbitterung“ und der „Entmuthigung“ des Herrn Leuk gewesen sein.

Die fromme „Donau-Zeitung“ stellt sich nun schlankweg auf die Seite des Hrn. Leuk, obschon sie die Entlassungen mißbilligt. Sie meint, für die Kantine sei thatsächlich ein Bedürfnis vorhanden.

Wir wollen uns in diese Bedürfnisfrage nicht mischen, ob der Herr Leuk die Kantine als eine gute Einnahmequelle betrachtete oder ob „seine Arbeiter“ nur durch die Kantine leicht zu einem guten Maß Bayernisch kommen sollten; eine andere Frage möchten wir aber stellen:

Die „Donau-Zeitung“ und deren fromme Wintermänner haben von den wegen Ausübung des gesetzlich gewährleisteten coalitionsrechtes, wegen Zugehörigkeit zum Porzellanarbeiter-Verband im Juli 1899 vorgekommenen Arbeiterentlassungen gewiß auch gehört. De allerdings haben sie es unterlassen, die Praktiken des Herrn Leuk zu mißbilligen, es waren ihnen die Thränen, die von den Angehörigen der Gemahregelten vergossen wurden, „schnuppe“.

Ihretwegen hätten wohl damals alle diese Gemahregelten, gemahregelt wegen Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation, verhungern können. Der Christ soll ja aber bekanntlich bei der Nothlage seines Mitmenschen nicht erst fragen, was derselbe ist und was er glaubt? Ob der Arbeiter mitten im Winter, wie jetzt in Passau, oder ob sterbenskrante Leute mitten im Sommer, wie 1899 ebenfalls in Passau auf die Straße gesetzt werden, das Glend ist gleich. Freilich waren die jenseitmal entlassenen Verbandsmitglieder durch die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes vor „Hunger und Glend“ geschützt und diese Thatsache sollte eigentlich die unorganisierten Berufsgenossen ermuntern sich unseren Reihen anzuschließen.

Ob die „Verbitterung und Entmuthigung“, wie in diesem Falle, oder ob ein Brandunglück oder überhaupt vorhandener Arbeitsmangel und schlechter Geschäftsgang die Schließung eines Fabrikbetriebes nach sich zieht, in all' diesen Fällen gewährt die Organisation den Opfern dieser Vorkommnisse ihre Unterstützung.

Hoffentlich hat sich die „Donau-Zeitung“ nicht nur von den fließenden Thränen überzeugt, sondern sorgt auch dafür, daß diese in christlicher Weise gestillt werden. —

Aus einem „Nachtrag“ der Zeitung geht hervor, daß das königliche Staatsministerium des Jauern, die königliche Regierung von Niederbayern beauftragt hat, sofort eingehende Erhebungen zu pflegen und hiernach die geeigneten Verfügungen gegebenen Falles gemäß § 115 Abs. 2 der Gewerbeordnung (danach ist es den Gewerbetreibenden gestattet, den Arbeitern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten zu verabfolgen) zu treffen, um thunlichst, namentlich im Interesse der Arbeiter, den Weiterbetrieb der Leuk'schen Fabrik zu ermöglichen. — Ueber den Stand der Sache ist nach Einvernehmen des Fabrik- und Gewerbeinspektors umgehend Bericht vorzulegen. —

Diese Fürsorge der königl. Regierung für die Arbeiter in allen Ehren, aber auch im Juli 1899 hätte man Erhebungen über die vorgenommenen Massenentlassungen vornehmen können. — Vielleicht auch nimmt die herzogliche Gothaische Regierung angefaßt der Entlassungen in Orsfenroda, wodurch der § 152 der Gewerbeordnung verletzt gemacht wird, Veranlassung in ähnlicher Weise wie die bayrische Regierung, Erhebungen sofort zu pflegen. Oder sind da mit etwa bereits die beiden nach Orsfenroda kommandirten Genesymen beauftragt?

Aus später eingegangenen neueren Nummern der "Donau-Zeitung" geht hervor, daß der Herr Igl. Postlieferant Lent, mit dem Herrn Igl. Postlieferanten Rupert Freisleberer, Dampfmühle und Produkten-Großhandlung, sich in den Haaren liegt. Der Regierer soll nach der Behauptung Lent's dem Bezirksamt angezeigt haben, daß Lent nicht nur an seine Arbeiter, sondern auch an andere Bier abgegeben hat, außerdem soll er auch Anzeige in einer Wegeangelegenheit veranlaßt haben, was von Ersterem bestritten wird. (Dieser Postlieferant hat auch eine Restauration.) Was sagen nun aber die ausgesetzten Arbeiter zu der ganzen Sache?

Die "Donau-Zeitung" glebt über eine stattgefundene Versammlung derselben einen Bericht, den wir unseren Lesern nicht vorhalten wollen, wegen Raummangel müssen wir ihn aber für die nächste Nummer zurückstellen.

Von den Österreichischen Porzellanarbeitern. Als gesperrt führt die "Solidarität": Wien und Böhmen. Über letzteren Ort heißt es in einer Notiz:

"Wir geben den Genossen, welche Lust haben, in Böhmen zu arbeiten, den letzten Lohnabzug hiermit bekannt:

Pokschüsseln	früher fl. 1,50,	jetzt fl. 1,25
Becher	" -45,	" -35
Spinnerteller	" -78,	" -70
Doppelbentstell.	" 1,40,	" 1,30
Terrine	" -12,	" -10
Deckenschüsseln	" -10,	" -08
Spinnertompos	" 2,50,	" 2,—
Josfine-Theelanne (etwas kleiner)	" 7,—	" 3,—

Die Genossen werden daraus erkennen, daß es unmöglich ist, bei diesen neuen Lohnsätzen zu existieren und ersuchen wir sie, durch strenge Fernhaltung des Zuzuges uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen. Jeder, der in Böhmen anfängt, hat sich die Folgen seiner Handlungsweise selbst zuzuschreiben. Die Uebelstände, die hier existieren, werden bei nächster Gelegenheit veröffentlicht werden.

Die Todtenliste der "Solidarität" weist folgende Sterbefälle auf: Fischern Rudolf Gollet, Porzellanmaler aus Teichhaukeln, gestorben am 18. 12. 1900 im 22. Lebensjahre an Lungentuberkulose. 27 Wochen krank. Znaim. Franz Swoboda, Dreher, 40 Jahre alt, gestorben am 19. 1. 1901 an Lungentuberkulose. Krank 6 Wochen. Krummhubaum. Berth. Milkl, 52 Jahre alt, gestorben an Lungenschwindsucht. Krank 5 Wochen.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

Der Konflikt in der "Leipziger Volkszeitung" ist in einer am 8. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung des "Vereins Leipziger Buchdrucker und Schriftgießergesellen" durch Annahme folgender Resolution nicht gerade erledigt, jedoch ist der Kampf im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung eingestellt worden. Die Resolution lautet:

Die heute im Saale des Kristallpalastes tagende Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker und Schriftgießergesellen erklärt im Einverständnis mit den Ausschüssigen sowie der Vertrauensmänner bezüglich des letzten am 2. Februar in Berlin von dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei sowie der Leipziger Geschäfts- und Parteileitung wurde die Beilegung des Konfliktes mit der "Leipziger Volkszeitung" angebotenen Vermittlungsvorschläge, nach welchem innerhalb 14 Tagen 12 bei Ausschüssigen,

die übrigen 10 aber zuerst und ausschließlich bei eintretendem Bedarf und soweit es von den Ausschüssigen gewünscht wird, mit allen ihren Rechten bezw. der Entlohnung und Arbeitskraft eingestellt werden sollen.

diesem Vermittlungsvorschlag abzulehnen, weil derselbe

1. nicht das erfüllt, was in dem Vermittlungsvorschläge des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1900 vom Parteivorstand selbst prinzipiell und moralischer als Recht anerkannt worden ist, das Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung wie die Ehre und Würde unserer Organisation aber es erfordern, daß einem Arbeitergeschäft gegenüber nicht vom Rechtsstandpunkte abgewichen wird, zu dessen Vertretung und Wahrung es ja gegründet und berufen ist, und

2. die Annahme dieses letzten Vermittlungsvorschlages unsererseits bei den Leipziger Partei- und Geschäftsverhältnissen nur die Quelle neuer Konflikte werden würde, für deren event. sachgemäße und gerechte Beilegung uns die heutigen leitenden Personen keinerlei Garantie bieten.

Auf Grund des Vorstehenden erklärt die Versammlung weiter:

Da keine Aussicht besteht, daß die Leipziger Partei- und Geschäftsleitung durch eine Fortsetzung des Kampfes, wie bisher geschehen, unsererseits zu einer Anerkennung des Rechtsstandpunktes, wie er durch den Vermittlungsvorschlag des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1900 festgesetzt ist, gezwungen werden kann, weiter aber der Parteivorstand erfahrungsgemäß nicht die Macht hat, diesem Rechtsstandpunkte bei seinen Leipziger Genossen Geltung zu verschaffen, so begnügt sich die Versammlung mit der Feststellung und Anerkennung des prinzipiellen und moralischen Rechtes, stellt im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung den Kampf in der bisher geführten Weise ein und sperrt die Buchdruckerei der "Leipziger Volkszeitung" für Verbandsmitglieder, für welche die "Leipziger Volkszeitung" u. s. w. Blätter bleiben, welche durch Arbeitswillige der schlimmsten Sorte hergestellt werden und die demgemäß weder durch Abonnement noch sonstwie unsererseits unterstützt werden können.

Versammlungsberichte etc.

Berlin-Moabit. Versammlung vom 21. Januar. Dieselbe wird vom Vorsitzenden um 8^{1/4} Uhr eröffnet. Anwesende Mitglieder 28. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. R. über: "Astronomie". 2. Geschäftsliches. 3. Verschiedenes. Bevor die Versammlung zur Tagesordnung übergeht, heißt der Vorsitzende dieselbe zum neuen Jahre willkommen und theilt sodann das Ableben des Genossen Albert Schmidt mit; die Versammlung ehrt sein Andenken in der üblichen Weise. Hierauf Entsehung der Präsenzliste, nach derselben besuchten die Versammlungen im Jahre: 2 Mitgl. 12; 5 Mitgl. 11; 6 Mitgl. 10; 8 Mitgl. 9; 1 Mitgl. 8; 3 Mitgl. 7; 2 Mitgl. 6; 7 Mitgl. 5; 2 Mitgl. 4; 2 Mitgl. 3; 0 Mitgl. 2; 1 Mitgl. 1 und 1 Mitgl. 0 mal. Der Vorsitzende rügt das häufige Fehlen einzelner Mitglieder in den Versammlungen und wünscht, daß im nächsten Jahre der Besuch eines jeden Mitgliedes ein regelmäßiger sei. Hierauf erhält der Vorsitzende dem Gen. R. das Wort zu seinem Vortrage. In seinem Ziele eine Stunde währenden Vortrage gab derselbe interessante Aufklärung über die schon vor Jahrtausenden vermittelte sehr primitiver Instrumente gemachten Ausdehnungen im Weltallbereich. Er sprach weiter über die ungeheuren Entfernungen der Sterne von unserer Erde und welche Zeit das Licht gebraucht, um auf dieselbe zu gelangen. Auch über die Bedeutung des Lichtjahres gab der Vortragende einige Aufklärungen. Am Schluß seines Vortrages wurde dem Genossen diebaldige Beifall gesollt und drückte der Vorsitzende im Namen der Versammlung seinen Dank aus. Nach Punkt 3, Verschiedenes, kam der Vorsitzende auf Arbeitsverhältnisse zu sprechen, er beklagte sich, daß es bei einer Angelegenheit, in der es sich um Beurlaubung eines Mitgliedes handelte, von dem Bund dabei beteiligten Genossen nicht in ent-

sprechender Weise" unterläßt worden ist. Ein Mitglied beschwerte sich, daß so wenig für Streikunterstützung gezahlt wird. Der Vorsitzende stellt den Antrag, 20 Mk. zum Streikfond zu bewilligen; der Antrag wird vom Kassierer dahin beantwortet, daß nur 15 Mk. vorhanden sind, die 15 Mk. zum Freiwilligen Fond an den Verbandskassierer zu senden, wird von der Versammlung genehmigt. Eine längere Debatte entspinnt sich sodann über die Höhe der zu zahlenden Streikunterstützungen, ein Antrag, daß jeder Mitglied 0,20 Mk. pro Woche zahlen soll, wird von der Versammlung angenommen. Ein Antrag, betreffend Kränkelpende für die Krankengeldleistungen, wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. Hierauf schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Farge. In der letzten Versammlung wurde über die Wünsche des Vorstandes abgestimmt. In Sachen der Witwe Bey wurde die Frage 1 und 2 einstimmig, die Frage 3 mit 18 Stimmen abgelehnt. In Sachen der von der Generalversammlung nachgewählten und nachbeachteten Dänen, wurde die Frage 1 und 2 mit 10 Stimmen, die Frage 3 mit 18 Stimmen, die Frage 4 mit 11 Stimmen abgelehnt. Aus der Präsenzliste ergab sich, daß die Versammlungen im verflossenen Jahre schlecht besucht worden sind. Statistischer haben neun Versammlungen. 3 Mitglieder haben jede Versammlung besucht, 4 Mitglieder 8 Versammlungen, 5 Mitglieder 7 Versammlungen, 11 Mitglieder bloss 1 Versammlung und 18 Mitglieder hatten sich überhaupt nicht beworben gefühlt, in den Versammlungen zu erscheinen. Wäre sich ein jedes Mitglied sagen, daß das ein schlechtes Zeugniß ist, wenn der regelmäßige Besuch der Versammlungen nur 35 pCt. beträgt, während 25 pCt. der Mitglieder nicht in den Versammlungen erschienen sind. Offenlich erfüllen viele Leute den Zweck, daß die Versammlungen in diesem Jahre besser besucht werden. Die Mitglieder erfüllen nicht ihre Pflicht, wenn sie nur ihre Beiträge bezahlen, um sich ihr Recht auf Unterstützung zu wahren. Man thut seine Schulpflicht, indem man an den Beratungen in den Versammlungen theilnimmt, über unsere Lage diskutiert, seine Meinung kundgibt, über die Erwählung neuer Mitglieder redet und so unsere Organisation stärkt und kräftigt. Also, besucht regelmäßig die Versammlungen!

Büttelsteinach. Die hiesige Partielle feierte am 8. Februar im Saale des Herrn Liebermann ihr diesjähriges Stiftungsfest. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß über 200 Arbeiter und Arbeiterinnen bis in den frühen Morgenstunden gemütlich beisammen saßen, auch waren mehrere Genossen aus benachbarten Dörfern anwesend. Wenn es auch einige unserer hiesigen Genossen nicht der Wähe für werth hielten, solche Feste und unsere Versammlungen zu besuchen, weshalb muß doch dieses Fest seinem Charakter nach als ein wirkliches Arbeiterfest bezeichnet werden. Vorher referierte in einem 1^{1/2} stündigen Vortrage die Genossin Frau Marie Gerfersberg aus Augsburg über das Thema: "Kann die Arbeiterin ihre Pflichten als Gattin und Mutter erfüllen und werth thut ihr Gesandtheit?" Die Referentin schilderte in vorzüglichster Weise die Stellung der Arbeiterinnen, die ihre Erziehung, ihre Pflichten als Mutter, überhaupt ihr ganzes Leben und Kampfen. Wiederholter Beifall wurde der Rednerin von den Zuhörern gezollt. In ihrem Schlußworte hebt die Rednerin besonders hervor, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter verpflichtet seien, sich der Organisation der Porzellanarbeiter anzuschließen, denn nur dadurch würde eine Besserung der Verhältnisse erzielt. Anhaltender Beifall gab der Rednerin die Zustimmung der Versammlung. Arbeiter und Arbeiterinnen! Laßt Euch deshalb nicht durch Querscheidern von Egoisten, wie für hier austauschen, treu stehen, die in den Versammlungen Sachen ausposaunen, um nur die Organisation zu schädigen und morgen, wenn sie darüber zur Rede gestellt werden, es abzurufen, weil sie gewisse hierfür nicht beibringen können. Warum leugnen? Besucht fleißig Eure Versammlungen und organisiere ein Jeder, der wir noch mehr Mitglieder zur Organisation heranziehen, denn nur dadurch werden wir unsere gestiegenen Ziele näher kommen und dasselbe schließlich erreichen.

Bahla. Wenn unsere Regierung glaubt, durch ihre Maßnahmen gegen unsere Organisation, dieselbe auf der Welt zu schaffen, so wird schonfalls das Gegenbehaupt erreicht, das beweist unsere letzte Parteivollversammlung, dieselbe war von 215 Mitgliedern besucht und der Beifall, der in der Versammlung herrschte, war ausgeprochen. Unsere Regierung hat uns demnach einen großen Trost gekostet durch ihr verurtheiltes Benehmen, indem sie die Genossen so aufgereizt hat, wie wir es uns schon längst wünschten. Es können zunächst die Entlassungen in den beiden Fabriken zur Sprache und wurde darauf hingewiesen, daß den einzelnen Beurlaubungen von Aufnahmestellen der Arbeiterinnen vorzuziehen zu werden und eine bedeutende Zahl von ihnen einzuweisen. Nicht eigenhändliche Beschlüsse kamen von der Parteivollversammlung, sondern es wurde beschlossen, die Arbeiterinnen zur Erneuerung der Versammlung zu ermahnen. In der "Mittelständische" ist vorigen Sonntag 8 Malern, an welchem man sich zu versammeln gedenkt, wird bei den Malern der obere Hof und zwei bei den Organistern, und man von einem Arbeit- oder Gewerkschaftler nicht, sondern bei organisierten Arbeitern der oberen Fabrik. Ich bin entsetzt über die ganze Sache, und möchte

